



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 17. bis 23. Januar 1915  
ist die Beitragsmarke in das mit 3 bezeichnete  
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Rückblick auf das Jahr 1914. (Schluß.)

Größeren Erwartungen dürfen wir auf sozialpolitischen Gebiete entgegensehen, da der Krieg nicht allein eine glänzend bestandene Probe auf die günstigen volkswirtschaftlichen und volkshygienischen Wirkungen der deutschen Sozialpolitik brachte, sondern auch das sozialpolitische Empfinden des Volkes allgemein geträgt hat. Staatliche Zwangsmaßnahmen, die vor wenigen Monaten noch völlig inakzeptabel erschienen wären, werden heute nicht nur willig übernommen und ertragen, sondern von der Öffentlichkeit einer zögernden Regierung immer dringender nahegelegt. Das private Interesse erscheint schon fast wie eine Versündigung an Gesamtinteresse und selbst das Privateigentum bildet heute nicht mehr ein so starkes Hindernis für soziale Maßnahmen wie ehedem. Vieles davon mag sich nach dem Kriege versüßigen, aber einen Niedererschlag wird diese Zeit im deutschen Volksleben zurücklassen, nicht bloß in der Erinnerung an die gemeinsame Gefahr, sondern auch in der Erkenntnis der Nützlichkeit der Sozialpolitik für das Gemeinwohl. Denn nicht bloß in Kriege müssen wir stark sein, sondern auch der künftige Frieden verlangt ein starkes und gesundes Volkstum, und was diesem die Kraft verleiht, einer Welt von Feinden die Stirn zu bieten, das kann ihm auch in den Aufgaben des Friedens nur förderlich, nicht aber hinderlich sein.

Vor allem dürfen wir erwarten, daß aus der Arbeitslosenfürsorge der Kriegszeit sich eine dauernde, wohlgeordnete Arbeitslosenversicherung entwickeln wird, die die Erfahrungen der ersten Krisis nicht in den Wind schlägt, sondern sich in erster Linie angelegen sein läßt, die Selbsthilfe der Arbeiter in ihren Organisationen zu berücksichtigen und ihr einen hervorragenden Platz in der künftigen öffentlichen Versicherung einzuräumen. Wir rechnen darauf, daß die in der Stunde gemeinsamer Gefahr geschaffenen Einrichtungen nicht leichter Hand wieder preisgegeben werden, sondern daß sie zum Ausgangspunkte dauernder Werke des Friedens gemacht werden.

Ob diese Erwartungen begründete sind, wird freilich in erster Linie von der künftigen Stellung der Regierung und öffentlichen Gewalten zur Gewerkschaftsbewegung überhaupt und zum Koalitionsrecht im besonderen abhängen. Daß das Unternehmertum die Gewerkschaften auch künftig nicht allzu freundlichen Gefühlen betrachten wird, erscheint schließlich verständlich, denn die wirtschaftlichen Interessengegensätze sind vorhanden und nicht dauernd zurückzuhalten. Es wird also auch künftig wohl nicht ganz ohne Streiks und Ausperrungen abgehen, aber sollte künftig die Verständigung leichter möglich und die gegenseitige

Anerkennung und tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse häufiger werden, so würden wir uns dessen freuen. Anders betrachten wir die Stellung der Regierung zur Gewerkschaftsfrage, die seither hauptsächlich von der Befürchtung geleitet war, die freien Gewerkschaften möchten sich als ein ernsthaftes Hindernis für die nationale Verteidigung erweisen, wie auch die Sozialdemokratie als „Reichsfeindin“ betrachtet wurde. Diese Befürchtungen sind in sich zusammengebrochen; weder die Sozialdemokratie noch die freien Gewerkschaften haben das deutsche Vaterland und Volk in der Gefahr im Stiche gelassen, sondern ihren Platz in der nationalen Verteidigung eingenommen wie jeder andere Teil der Bevölkerung. Das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ hat auch der deutsche Reichskanzler an offizieller Stelle feierlich übernommen und sich mehrfach für seine Ausführung verbürgt. Er versprach für seinen Teil das für mitzuwirken, daß es auch nach dem Kriege nur mehr Deutsche geben dürfe. Man kann daraus ungezwungen den Verzicht auf jede Art ausnahmsgezügelter Maßnahmen gegen einzelne Bevölkerungsklassen herauslesen. Man wird aber auch nicht zu weit gehen mit der Deutung, daß auch die ausnahmsweise Handhabung des gemeinen Rechts, die bedrohliche Auslegung gegen gewisse politische oder wirtschaftliche Interessenvertretungen ein Ende haben müsse und daß von einer Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr die Rede sein kann. Nicht minder liegt in der Verheißung, daß es nach dem Kriege nur mehr Deutsche geben dürfe, die Anerkennung des Anspruchs auf völlige Gleichberechtigung auf politischem wie rechtlichem Gebiete, und wir dürfen wohl erwarten, daß man auch in den verantwortlichen Kreisen der Regierung während des Krieges mit seinen ungeheuren Opfern an Gut und Blut einsehen gelernt hat, daß dieser Anspruch ohne Aufschub erfüllt werden muß. Von da bis zur Erfüllung einzelner politischer Programme ist zwar noch ein weiter Weg, auf dem es genug der Kämpfe geben wird. Aber es kann dem Vaterlande nur nützlich sein, wenn diese Kämpfe rein sachlich zwischen Deutschen auf dem Boden völliger Gleichberechtigung ausgetragen werden und der politische Streit nicht durch Entrechtungen und Entehrungen vergiftet wird.

Wenn wir uns von dem scheidenden Jahre mit diesen tröstlichen Ausblicken trennen möchten, so wollen wir doch auch der großen Opfer gedenken, die es allen Volksteilen, nicht zuletzt auch der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung gekostet hat. Noch sind die Tausende ungezählt, die der Krieg aus unseren Reihen dahingerafft hat, und jeder neue Tag fügt neue Tausende hinzu. Ihnen allen, die die Erde der Heimat und des fremden Landes deckt, haben wir zu danken für das Opfer ihres Lebens, nicht minder den Hunderttausenden von Verletzten für die Wunden, die sie uns unferntwillen erklieten. Mögen die Ströme von Blut, die dieser Krieg zum Fließen brachte, dazu beitragen, einen baldigen, ehrenvollen und

dauernden Frieden zu gewährleisten und künftige Kriege dieser Art zwischen Kulturvölkern überhaupt unmöglich zu machen. Die Erkenntnis, daß die Austragung von Völkerverwüstung durch gewaltsame Vernichtung von Menschenleben, von Kulturwerten und kulturellen Verkehrsbeziehungen der Menschheit weder würdig noch nützlich sei, muß sich aus diesen Massensopfern ergeben und Allgemeingut aller Nationen werden. Wir wagen kaum zu hoffen, daß dieser Krieg der letzte sein werde, aber für das Ziel, den Krieg zu befeitigen, werden wir unermüdet und mit Einsetzung aller unserer Kräfte wirken.

## Macht und Recht.

Man hört jetzt fast alle Tage, daß unser der Sieg in diesem Kriege sein müsse, da auf unserer Seite das Recht sei. Gewiß bedeutet solche Anschauung die Existenz eines moralischen und sittlichen Empfindens. Und es ist auch ohne Zweifel, daß ein selbstbewußtes Rechtsbewußtsein in hohem Maße Werte schafft, die den Keim des Sieges in sich schließen: Mut und Begeisterung. Und doch, wenn nicht auch die Macht vorhanden, wird nie und nimmer der Sieg erreicht werden. Unsere heutige Welt ist eine Welt der Macht. Nur der Mächtige vermag sich Geltung zu verschaffen. Das Recht existiert zwar auch bereits, aber nur in den winzigsten Anfängen. Das Recht, das Recht der freien individuellen wie nationalen Persönlichkeit, wird erst von einem Teile des Volkes anerkannt und für das Leben erstrebt. Und dieser Teil des Ganzen ist das proletarische Volk.

Auch das proletarische Volk führt also einen Kampf um das Recht, um das Recht seiner selbst wie all der anderen Glieder des Ganzen. Und auch in diesem proletarischen Kampfe haben wir die unzweifelhafteste Ueberzeugung unseres Sieges, weil eben das Recht auf unserer Seite ist. Aber wie in dem großen Völkerringen und wie stets im Leben der heutigen Welt, so ist auch in unseren Ringen Macht nötig. Nur wenn wir die Macht haben, erlangen wir das Recht.

Und worauf beruht diese Macht? Auf nichts anderem als auf dem Gedanken, der uns auch da draußen im Felde die Erfolge bringt, auf dem Gedanken der Organisation. Und darum ist die erste Voraussetzung zur Erlangung unseres Rechtes die Treue zur Organisation und ihr weiterer Ausbau.

Auch jetzt im Kriege gilt das? Ohne Zweifel. Die militärische Organisation wird auch nicht erst geschaffen, wenn die Gelegenheit zum Kampfe, der Krieg, gekommen. Im Gegenteil, sie besteht auch im Frieden und wird mehr und mehr sogar gestärkt und vermehrt. So müssen auch wir jetzt, wo unsere Waffen ruhen und die Einheit des Ganzen nach außen hin das Höchste ist, dennoch auf die Kraft unserer Organisation bedacht sein. Bei unserer Organisation ist es umgekehrt wie bei unserer Heeresorganisation: diese kämpft im Kriege, wir im Frieden. Aber wie die Heeresorganisation auch im Frieden auf die Er-

höhung und Stärkung ihrer Macht bedacht ist, so dürfen wir die Erhöhung und Stärkung unserer Organisation auch im Kriege nicht vergessen. Wenn der Friede gekommen, wollen wir weiter kämpfen für unser Recht. Und dazu gehört Macht und die besteht in der Kraft und Stärke der Organisation der kämpfenden.

**Ein Jubiläum im Buchdruckerverband.**

Der Verwalter des Gauvereins Dresden des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Hermann Steinbrück, konnte am 2. Januar auf eine 25 jährige Tätigkeit zurückblicken. Er ist der amts-älteste Gauverwalter des Buchdruckerverbandes und war der erste Angestellte in der Dresdener Gewerkschaftsbewegung. Der Jubilar, der sein Amt mit unermüdlichem und erfolgreichem Pflichteifer verwaltet, gehört auch seit 20 Jahren dem Vorstande der Dresdener Ortskrankenkasse an und wirkt seit 15 Jahren als zweiter Vorsitzender des dortigen Arbeitervertretervereins. Den zahlreichen Mitbewerbern, die dem tatkräftigen Vertreter und Förderer der Arbeiterinteressen von allen Seiten zuzugingen, schließen auch wir uns post festum an.

**Arbeitermaßregelungen in der Kriegszeit.**

Im Betriebe der großen Papierfabrik Heinrich Aug. Schoeller Zöhne in Zundersdorf bei Düren (Rheinland) ist ein heftiger Konflikt entstanden, zu dessen Schlichtung jetzt die militärischen Behörden angerufen wurden. Wie die Zentrumspresse mitteilt, entließ die Firma plötzlich einige Arbeiter mit langjähriger Dienstzeit, darunter einen Arbeiter, der 37 Jahre bei der Firma tätig war. Die Ansicht, daß es sich um eine Maßregel zur Unterdrückung des christlichen Graphischen Zentralverbandes handele, fand ihre Bestätigung durch eine Neupe- rung eines leitenden Beamten, der Vermittlungs-

versuche mit dem Hinweise ablehnte, daß jener Arbeiter, der 37 Jahre im Betriebe tätig war, Vorsitzender dieser Organisation wäre. Die christlichen Gewerkschaften und alle katholischen Arbeitervereine haben sich nun beschwerdeführend an das Generalkommando des 8. Armeekorps gewandt.

**Eine Neupe- rung Bebel's über Deutschlands notwendige Verteidigung.**

In einem Vortrag teilte Genosse Südekum eine bisher unbekanntene Neupe- rung August Bebel's mit, die dieser in einer geschlossenen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages im Jahre 1913 bei Beratung der Heeresvorlage getan hat. Sie lautet: „Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich von der Sozialdemokratie, der freilich ihre Gegner, die zum Teil unverständig, zum Teil aber auch ge- häßig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlands- losigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat im Gegensatz zu dieser Behauptung niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reichs die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffs- krieges von außen leider immer noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den zu verhindern ich glaube auch die deutsche Regierung alles tut, dann müßte er bei dem heutzutage Stand der Waffentechnik, bei der Organisation des Heer- wesens und bei der Gestaltung der Staatenbünd- nisse in Westeuropa einen ungeheuren Umfang an- nehmen. Er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste

große politische Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Wehrhaftmachung, die Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit fordert. Die Sozial- demokratie geht aber noch weiter: sie will die Wehrhaftmachung des Volkes nicht nur vom körperlichen und vom technischen Standpunkt aus betreiben. Das Vaterland verteidigt man nicht nur mit Maschinengewehren und Kanonen, mit Lanzen und Säbeln, mit starken Fäusten und mit schnellen Beinen, dazu gehören auch bestimmte geistige und sittliche Eigenschaften des Volkes, und die Sozialdemokratie will auch diese geistigen und sittlichen Eigenschaften des Volkes stärken, auf- denken, wie die Geschichte aller Zeiten und Völker lehrt, die Selbstbehauptung einer Nation in erster Linie beruht. Diese geistigen und sittlichen Eigen- schaften sieht die Sozialdemokratie tief begründet in dem auf wirklicher Freiheit und Gleichheit wurzelnden Gefühl der Zusammengehörigkeit der Volksgenossen.“

**Ehren- Tafel**

**für unsere im Felde gefallenen Kollegen.**

Den Heldentod fürs Vaterland starb  
am 8. Dezember bei Lodz unser Kollege  
**Otto Blunck**  
im Alter von 23 Jahren.  
Wir werden ihm ein ehrendes An-  
denken bewahren.

**Die Bahnhalle Kiel.**

**Kassenbericht vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1914.**

Unsere Zahlstellen vereinnahmten im dritten Quartal 1914 den Betrag von 60 338,20 Mk. Dazu kommen noch für die Hauptkasse 36 945,44 Mark für Zinsen, Vorschüsse und Darlehen, so daß wir im Ganzen 97 283,64 Mk. vereinnahmten. Demgegenüber stehen 117 092,62 Mk. als Aus- gaben verzeichnet, die in der Hauptsache für Unter- stützungen ausgegeben sind. Diese betragen für Arbeitslose 75 030,36 Mk., für Kranke 6983,55 Mk., für Wöchnerinnen 390,— Mk. und an sonstigen Unterstützungen 440,42 Mk., zusammen sind also 82 844,33 Mk. für Unterstützungen verwendet. Von den übrigen Ausgaben entfallen auf

Agitation 1036,09 Mk., davon 291,96 Mk. auf die Zahlstellen und 744,13 Mk. auf die Gane. Die Verbandszeitung erforderte 2858,79 Mk., und zwar für Druck und Expedition 2083,95 Mk., für Gehalt des Redakteurs 680,— Mk. und für Mitarbeit 94,84 Mk. Von den Ausgaben für Gehälter und Remunerationen kommen 9936,75 Mk. auf die Zahlstellen und 1505,— Mk. auf den Verbands- vorstand. Die Verwaltungsausgaben in den Zahlstellen setzen sich zusammen aus 2937,88 Mk. für Prozente, 111,50 Mk. für Kartellbeiträge, 141,45 Mk. für Sitzungen und 1115,01 Mk. für Mieten, Portis und sonstige Ausgaben. Die Ver-

waltungsausgaben im Hauptbureau betragen 654,63 Mk. und zwar 349,78 Mk. für Miete, Heizung, Telephon usw., 122,10 Mk. für Material, 76,10 Mk. für Sitzungen, 97,05 Mk. für Portis und 9,60 Mk. für Zeitungsabonnements. Von den Versicherungsbeiträgen kommen 159,96 Mk. auf die Angestelltenversicherung, 61,80 Mark auf Krankenkassenbeiträge, 397,— Mk. auf den Unterstützungsverein und 1511,08 Mk. auf in den Zahlstellen für dieselben Einrichtungen ver- ausgabten Gelder. An Drucksachen wurden für 70,— Mk. Beitragsmasken und für 209,25 Mk. Formulare gebraucht.

**Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1914.**

Einnahmen	Markt		Ausgaben	Markt	
	Mark	Pf.		Mark	Pf.
An Eintrittsgeld: 22 Markten à 20 Pf.	4,40	Mk.	Per Unterstützungen	82 844	33
" " 73 " " 30 "	21,90	"	" Agitationskosten	1 036	09
" " 57 " " 40 "	22,80	"	" Druck, Expedition und Redaktion der „Solidarität“	2 858	79
" " 74 " " 50 "	37,—	"	" Gehälter und Remunerationen	11 441	75
" " 89 " " 60 "	23,40	"	" Verwaltungsausgaben der Zahlstellen	4 305	84
An Beiträgen: 8 131 Markten à 20 Pf.	1 626,20	Mk.	" Verwaltungsausgaben des Verbandsvorstandes	654	63
" " 17 470 " " 30 "	5 241,—	"	" Versicherungsbeiträge der Angestellten	2 129	84
" " 16 582 " " 40 "	6 632,80	"	" Drucksachen	279	25
" " 22 545 " " 50 "	11 272,50	"	" Zinsen und Darlehen	11 067	10
" " 58 102 " " 60 "	34 861,20	"	" Beitrag an die Generalkommission	475	—
Ertragebeiträge	595	—			
Vorschüsse und Darlehen	33 533	61			
Sonstige Einnahmen	3 411	83			
<b>Summa</b>	<b>97 283</b>	<b>64</b>	<b>Summa</b>	<b>117 092</b>	<b>62</b>

Heinrich Loda Hl, Verbandskassierer.

Vorstehende Abrechnung ist auf ihre Richtigkeit mit den Kassenbüchern, Belegen und den Abrechnungen geprüft und in Ordnung gefunden.  
Berlin, den 8. Januar 1915.

**Die Revisionskommission:** Oskar Baruhn. Otto Kuhfeld. Olga Schöbel  
Paula Thiede, Vorsitzende.